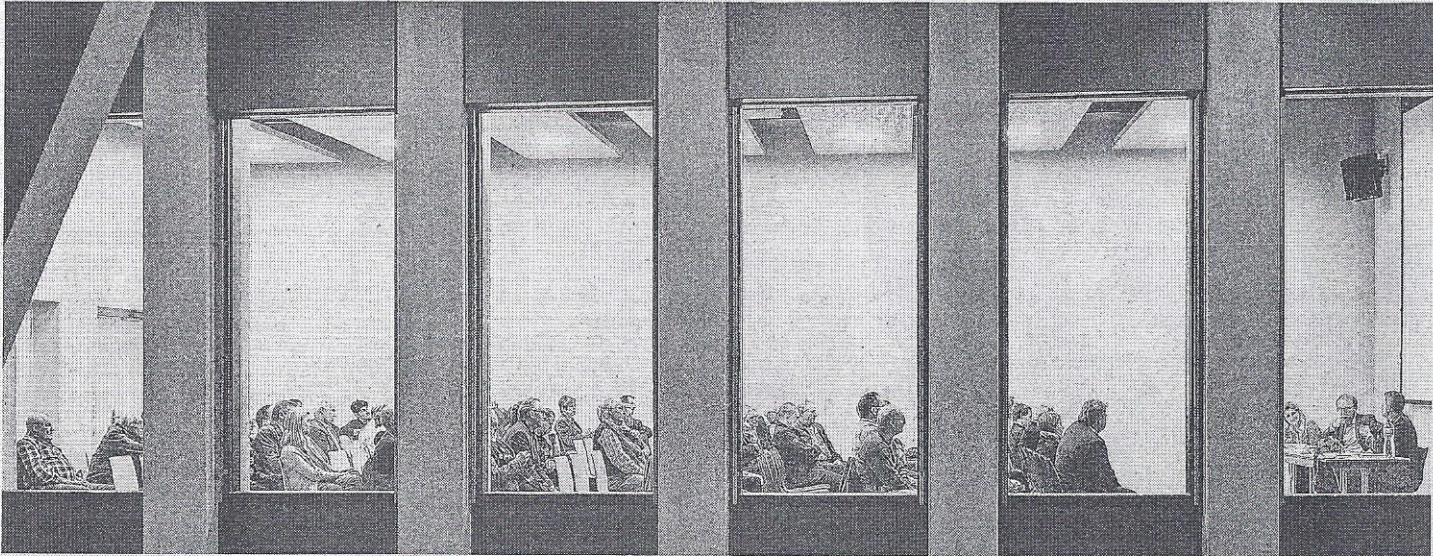


# Ein eingespieltes, aber uneiniges Polit-Duo



Gebannt lauschte das Publikum in der Pemo-Arena der Diskussion zwischen den beiden Nationalräten Doris Fiala (Dritte von rechts) und Hans-Ueli Vogt (ganz rechts).

Foto: Lea Wyden

**BUCHS** Die beiden Nationalräte Doris Fiala und Hans-Ueli Vogt befassten sich am Donnerstagabend mit der Frage, ob Schweizer Recht über dem Völkerrecht stehen soll. Auch wenn die beiden als eingespieltes Team auftraten, waren sie sich – zumindest, was die Selbstbestimmungsinitiative anbelangt – nicht einig.

Doris Fiala (FDP) und Hans-Ueli Vogt (SVP) hatten sich in der Vergangenheit schon einige Duelle zur Selbstbestimmungsinitiative geliefert. Moderator Benjamin Geiger, Chefredaktor des «Zürcher Unterländers», stellte deshalb gleich zu Beginn des Podiums fest, dass es ja schon fast eine Roadshow sei, auf der sich die beiden Nationalräte befänden. Fiala räumte mit einem Lachen ein, dass sie Vogts Argumente auswendig kenne, sie aber den harten, aber fairen Austausch mit ihrem Kollegenschätze Vogt entgegenete spasseshalber, dass Fiala sich leider von seinen Argumenten auch nach mehreren gemeinsamen Auftritten noch immer nicht einsichtig zeige.

Diese gegensätzliche Gesinnung zur Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter», oder kurz Selbstbestimmungsinitiative, über die das Stimmvolk

am 25. November befindet, ist der Grund, dass die beiden Nationalräte von der SVP Buchs und Dällikon sowie von der FDP Bezirk Dielsdorf zum Podium in die neue Pemo-Arena eingeladen wurden. Die Initiative fordert einen generellen Vorrang des Schweizer Rechts gegenüber dem Völkerrecht. Rund 70 Personen lauschten am Donnerstagabend den Argumenten des Befürworters Vogt und der Gegnerin Fiala.

## Wendepunkt im Jahr 2012

Hans-Ueli Vogt, Rechtsprofessor und geistiger Vater der Initiative, erklärte seine Beweggründe: 2012 habe das Bundesgericht ein Urteil gefällt, in dem es hiess, dass internationales Recht Vorrang habe. «Will heissen», sagte er, «das Volk kann nur dann mitreden, wenn kein internationaler Vertrag tangiert ist.» Ein solches Urteil habe er schon lange gefürchtet, denn es

beziehe sich nicht auf einen konkreten Fall, sondern sei eine Grundsatzaussage von allgemeiner Bedeutung.

Doris Fiala räumte ein, dass eine gewisse Frustration verständlich sei. «Doch wer ist immer mit allen Urteilen einverstanden?», fragte sie. Die Schweiz sei

«Die grossen Fragen, die die Schweiz beschäftigen, sind global: Terrorismus, Cyberkriminalität oder Menschenhandel.»

Doris Fiala,  
FDP-Nationalrätin

zwar wirtschaftlich potent, doch als kleines Land seien wir mehr angewiesen auf internationale Verträge als Grossmächte wie beispielsweise die USA. «Das Völkerrecht ist primär zu unserem Schutz da», betonte sie. «Es gibt immer mal ein Urteil, mit dem man nicht einverstanden ist, aber

deshalb sollte man nicht gleich das Kind mit dem Bade ausschütten.»

## Der oberste Chef der Schweiz

Im Lauf des Gesprächs kam immer wieder das an sich gute Verhältnis der beiden Nationalräte auf. Als Fiala ihrem Kontrahenten während einer Aussage ins Wort fiel, antwortete dieser: «Doris, du weisst doch, dass meine Erklärung erst nach drei Minuten kommt», und erntete dafür ein Lachen. Trotz harmonischer und witziger Einschübe schenken sich die beiden in ihren Argumentationen nichts. So ärgerte sich Vogt darüber, dass Volksentscheide missachtet werden. «50,3 Prozent sagten Ja zur Masseneinwanderungsinitiative, und es passiert einfach nichts. Da läuft doch etwas falsch.» Der oberste Chef in der Schweiz seien Volk und Stände. «Es ist nicht Aufgabe des Parlaments, Entscheide, die Volk und Stände gefällt haben, zu hinterfragen», sagte er.

Für Doris Fiala steht der Rechtsstaat an erster Stelle. «Unsere Demokratie kann nur auf einem Rechtsstaat basieren»,

sagte sie. Ausserdem könne man nicht nur im Kleinen denken. «Die grossen Fragen, die die Schweiz beschäftigen, sind global: Terrorismus, Cyberkriminalität oder Menschenhandel.»

Für Diskussion sorgte auch die Frage, ob und wie die Initiative rückwirkend auf bestehende Ver-

«Es ist nicht Aufgabe des Parlaments, Entscheide, die Volk und Stände gefällt haben, zu hinterfragen.»

Hans-Ueli Vogt,  
SVP-Nationalrat

träge wirksam sei. Fiala befürchtete, dass dadurch die Rechtssicherheit und Verlässlichkeit der Schweiz infrage gestellt würden. Vogt bestätigte zwar, dass seine Initiative rückwirkend gelte. «Das wäre aber nur dann ein Problem, wenn in der Vergangenheit im grossen Stil Verträge abge-

schlossen worden wären, die mit unserer Verfassung brechen. Und das ist ganz sicher nicht der Fall.»

## Gemeinsamer Heimweg

In der Fragerunde war vor allem Doris Fiala gefordert. Ein Votant wollte wissen, ob es objektiv sei, wenn ein Richter aus Portugal oder Finnland über Schweizer Fälle richte. «Grundsätzlich muss man sagen, dass in 98 Prozent zugunsten der Schweiz entschieden wird», sagte sie. Ausserdem sei etwas nicht zwingend besser, nur weil es näher sei. Ein anderer Herr wollte rhetorisch wissen, ob er seinen Stimmrechtsausweis «hin nun an gleich zu Hause lassen solle, wenn die Volksentscheide eh nicht umgesetzt würden.

Der Auftritt in Buchs war das letzte Podium, an dem sich Fiala und Vogt zu diesem Thema duellierten. Nach rund 1,5-stündiger Diskussion waren die beiden zwar noch einen Ticken eingespielter, von Einigkeit aber noch immer weit entfernt. Trotzdem oder gerade deshalb traten sie den Heimweg dann aber gemeinsam an.

Martina Cantieni